

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 80 36/38
Telefax: 888 848 ppbn d
Telefax: 21 08 64

Inhalt

Dr. Liesel Hartenstein
MdB verlangt Maßnahmen
gegen die Flugzeugemissionen:
Umweltfreundliche Zivillflugzeuge statt Jäger 90

Seite 1

Horst Niggemeier MdB
warnt vor einem Verzicht
auf die Fünf-Prozent-Hürde:
Kein Sonderopfer für die PDS

Seite 2

Reinhold Hiller MdB
kritisiert die Vertrieben-
nenpolitik der Bundes-
regierung: Wer glaubt
einem Januskopf

Seite 4

Dokumentation:

Der niedersächsische
Kultusminister Prof. Rolf
Wernstedt hat auf einer
Tagung der Bundeszentrale
für politische Bildung sein
Konzept zur politischen
Bildung in Deutschland
dargelegt. Wir dokumentieren
seinen Vortrag im Wortlaut
(Teil II)

Seite 5

45. Jahrgang / 141

26. Juli 1990

Umweltfreundliche Zivillflugzeuge statt Jäger 90 Luftverkehrsemissionen schädigen Wald und Klima

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB

Zusammen mit dem Abrüstungsexperten Hermann Scheer MdB hat die stellvertretende Vorsitzende der Enquete-Kommission "Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre" ein Alternativkonzept ausgearbeitet, das zum Ziel hat, anstelle des milliardenschweren Jagdflugzeuges neue umweltverträgliche Flugzeugantriebe für den Zivilluftverkehr zu entwickeln.

Die CDU hat den Antrag der SPD zum Stop des Jäger 90 geschlossen abgelehnt, unter anderem mit der Begründung, ein Ausstieg aus dem Entwicklungsprojekt koste 4,5 Milliarden DM und setze Arbeitsplätze aufs Spiel. Angesichts der entspannten politischen Lage kann auch die Bundesregierung die Behauptung nicht mehr aufrechterhalten, der Jäger 90 sei militärisch notwendig. Er ist, im Gegenteil, überflüssig und die dafür vorgesehenen 20 bis 25 Milliarden DM, die alle vier Partnerländer (Großbritannien, Bundesrepublik, Italien und Spanien) allein für die Entwicklung aufbringen müssten, sind volkswirtschaftlich nicht vertretbar.

Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages ist auf der Suche nach Wegen zu Eindämmung des Treibhauseffekts zu dem Ergebnis gekommen, daß auch der Luftverkehr einen beträchtlichen Anteil an der Klimaerwärmung und Ozonzerstörung habe. Besonders die Strahlflugzeuge sind in der für den international üblichen Luftverkehr in Höhen von 10.000 bis 12.000 m, im Falle von Überschallflugzeugen sogar darüber, der einzige Emittent von Stickoxiden (NOx). Die Wasserdampfausstöße in dieser Höhe führen zu Eisbildungen, die zum Treibhauseffekt beitragen. Hinzu kommen die CO₂-Emissionen, die treibhausfördernd sind und in Flughafenregionen neben der Lärmbelastigung zu regionalen Klimaveränderungen führen. Angesichts der drastischen internationalen Zunahme des Flugverkehrs ist es von hoher Dringlichkeit, mit einem öffentlich kräftig geförderten technologischen Sofortprogramm umweltverträgliche Technologien für die Zivilluftfahrt zu entwickeln. Die Luftfahrtindustrie kann hier eine auch in ihrer wirtschaftlichen Perspektive zukunftsweisende Aufgabe erfüllen als mit der Weiterführung von Rüstungsprojekten.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Vertrieben Umwelt
mit recyceltem Papier
Recycling-Papier



Im einzelnen wird folgendes Konzept vorgeschlagen:

Die Bundesregierung steigt aus dem Jäger 90-Projekt aus und verbindet dies mit einem Kompensationsauftrag für die Entwicklung umweltverträglicher ziviler Luftfahrttechnologien auf folgenden Gebieten:

- Die Förderung der Entwicklung von Wasserstoffantrieben für Strahlflugzeuge und Propellerflugzeuge - um damit einen CO₂-freien Treibstoff im Flugverkehr nutzen zu können;
- die Entwicklung von (nachrüstbaren) "Low-NO_x-Brennkammern und neuen "Ultra-Low-NO_x"-Brennkammern für konventionelle Strahlflugzeuge: um damit die Stickoxid-Emissionen zu reduzieren und der Klimaerwärmung entgegenzuwirken;
- die Entwicklung eines internationalen Flugleitsystems für Flüge unter 8.000 m - um damit die durch die Wasserdampfausstöße hervorgerufenen treibhausfördernden Eisbildungen in der Tropopause und der Stratopshäre zu vermeiden.

Die Bundesregierung schlägt den Jäger-90-Partnerländern vor, diese Alternativprojekte ebenfalls gemeinsam zu tragen. Allein die Bundesrepublik würde dann etwa fünf Milliarden DM alternativ einsetzen können, alle Partnerländer zusammen 15 Milliarden DM.

Interessant ist, daß die Sowjetunion bereits 1988 ein Versuchsflugzeug mit Wasserstoffantrieb entwickelt hat, sodaß hier sogar eine Grundlage für eine übergreifende Kooperation gefunden werden könnte.

Klimaschutz ist Überlebenspartnerschaft, daran müssen alle Länder interessiert sein. Schon seit Jahren habe ich gefordert, daß auch die Auswirkungen des Luftverkehrs auf die Waldschäden im Schwarzwald und anderen Mittelgebirgen gründlich untersucht werden. Beobachtungen haben ergeben, daß unter den großen Luftstraßen, zum Beispiel Zürich - Stuttgart, das Waldsterben stärker fortgeschritten ist als in anderen Bereichen. Bereits bei der Bedeckung von 1,4 Prozent der Atmosphäre durch die sich aus den Kondensstreifen entwickelnden Eiswolken verringert sich die Rückstrahlung der Erde mit der Folge einer Erwärmung um circa 0,5 Grad.

Mit dem Binnenmarkt 1992 soll sich der Luftverkehr in Europa um die Jahrtausendwende verdoppeln. Diese Entwicklung muß abgefangen werden: einerseits durch Verlagerung von Kurzstreckenflügen auf die Eisenbahn, andererseits durch umweltverträgliche Technologien im Flugzeugbau. Der Schutz unserer Wälder und unseres Klimas ist ein höheres Gut als schrankenlose Liberalisierung.

(-/26.7.1990/st/ka)

Kein Sonderopfer für die PDS

Die Fünf-Prozent-Hürde nicht aus Tagesopportunismus aufgeben

Von Horst Niggemeler MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Innerdeutsche Beziehungen

Nach 1945 hat sich die spätere DDR unter dem gewaltsamen Druck der sowjetkommunistischen Besatzungsmacht zu einer Einparteiendiktatur mit sogenannten Blockparteien als pseudo-demokratisches Dekor entwickelt.

Zehntausende von Sozialdemokraten, Christdemokraten und Liberalen sind jetzt in den Massengräbern als Opfer des Kommunismus entdeckt worden.

In der gleichen Zeit haben sich die westlichen Besatzungszonen zur Bundesrepublik Deutschland entwickelt - ein freiheitlicher und sozialer Rechtsstaat - der so sehr zu einem Magnet für die Deutschen in der DDR wurde, daß die kommunistische SED schließlich die von ihr kujonierte Bevölkerung schon ab 13. August 1961 wie in einem Gefängnis einsperren mußte, um nicht vorzeitig an Auszehrung einzugehen.

An dieser Attraktivität der Bundesrepublik für die DDR-Menschen hat sich bis zur friedlichen Revolution 1989 nichts geändert. Das alles gehört mit zur DDR-Identität.

Diese einfach begreifbaren Fakten gilt es zu registrieren, wenn jetzt vom Modus für die gesamtdeutschen Wahlen die Rede ist.

Auch in der Bundesrepublik ist in den 40 Jahren ein beachtliches Stück staatlicher Identität gewachsen. Dazu gehört unter anderem auch die von der bundesdeutschen Wählerschaft in den Bundes- und Landtagswahlen immer wieder demokratisch herbeigewählte Regierungsfähigkeit von Bund und Ländern. Dies war nur möglich mit jener Fünf-Prozent-Sperrklausel, die eine Zersplitterung der politischen Kräfte in den Parlamenten verhindern sollte und auch verhindert hat. Der bunte parteipolitische Flickenteppich, der den Reichstag der Weimarer Republik und ihre Regierung letztlich handlungsunfähig gemacht hat, blieb damit der Bundesrepublik erspart.

Die gesetzlich fixierte Fünf-Prozent-Sperrklausel hat die Bundesrepublik Deutschland stets handlungs- und regierungsfähig gehalten und für internationale Berechenbarkeit und nationale Stabilität gesorgt; zudem wurde dadurch für Links- und Rechtsextremisten keine agitatorische parlamentarische Plattform geboten.

Das alles war und ist als ein identitätsstiftender Beitrag für die Bundesrepublik Deutschland und ihre Bevölkerung anzusehen. Was sonst?!

Deshalb kann nur dringend davor gewarnt werden, diese staatspolitisch bewährte Fünf-Prozent-Sperrklausel aus tagesopportunistischen Gründen zur Disposition zu stellen. Jedes Herumfummeln an der wahlgesetzlichen Fünf-Prozent-Marke nach dem Motto "Wer bietet weniger" ist politischer Jahrmarkttrummel, der dem großen Ziel schadet, ein einiges Deutschland auf stabiler, handlungsfähiger und berechenbarer Grundlage entstehen zu lassen. An diesem Ziel aber sind die Deutschen in Ost und West gleichermaßen interessiert, zumal das jetzige Zwölf-Parteien-Parlament der Volkskammer schon nach wenigen Monaten seiner Existenz hinreichend demonstriert hat, wie schnell aus einer supergroßen Koalitionsregierung eine Minderheitenregierung zu werden droht.

Wer sich - wie es der Regierungs- und CDU-Chef de Maiziere immer stereotyp wiederholt - "den Interessen der 16 Millionen DDR-Bürger verpflichtet fühlt", erweckt inzwischen nicht nur den Eindruck, daß der CDU-Regierungschef (West) und seine Parteifreunde ihn mit dem Staatsvertrag über den Tisch gezogen haben; er provoziert damit auch die Frage nach den Interessen von 60 Millionen Bundesdeutschen, deren staatspolitische Identität sich unter anderem auch aus dem Wahlgesetz mit jener bewährten Fünf-Prozent-Sperrklausel heraus entwickelt hat. Und so falsch kann die Vermutung nicht sein, daß auch die überwiegende Mehrheit der DDR-Bevölkerung ihre Meinung schon am 18. März per Stimmzettel formuliert hat: 75,2 Prozent wählten SPD, Liberale und die christdemokratische "Allianz für Deutschland". Das ist eine satte verfassungsändernde Mehrheit für ein Parlament mit starken Parteien und ein Wählervotum gegen die Zersplitterung der Kräfte.

Nur wer sich um das politische Überleben der milliardenschweren SED/PDS nach einer Vereinigung Sorgen macht und den Neokommunisten einen vorteilhaften Start in das gesamtdeutsche Parlament - und nicht nur dort! - verschaffen will, der läßt eine Regierungskoalition auseinanderbrechen, die eigens geschmiedet wurde, um als demokratisches Bollwerk gegen die neokommunistische PDS (Partei der Schuldigen) zu wirken. Insofern können die 16,4 Prozent der SED/PDS vom 18. März kein politischer Berechnungsfaktor für ein gesamtdeutsches Wahlrecht sein.

Die dann noch verbleibenden 8,4 Prozent Stimmen von der Volkskammerwahl verteilen sich auf immerhin 17 verschiedene Parteien und Vereinigungen, wovon zum Beispiel die "Vereingte Linke" noch mit nur 0,18 Prozent (!) Stimmenanteil ein (!) Mandat erhielt.

Es gibt keine guten und plausiblen Gründe bei einer gesamtdeutschen Wahl von der Fünf-Prozent-Sperrklausel abzuweichen. Dies hat der SPD-Fraktions- und Parteivorsitzende Hans-Jochen Vogel in Übereinstimmung mit der DDR-SPD mehr als einmal inzwischen hinreichend begründet. Da ist jetzt

Im einzelnen wird folgendes Konzept vorgeschlagen:

Die Bundesregierung steigt aus dem Jäger 90-Projekt aus und verbindet dies mit einem Kompensationsauftrag für die Entwicklung umweltverträglicher ziviler Luftfahrttechnologien auf folgenden Gebieten:

- Die Förderung der Entwicklung von Wasserstoffantrieben für Strahlflugzeuge und Propellerflugzeuge - um damit einen CO₂-freien Treibstoff im Flugverkehr nutzen zu können;
- die Entwicklung von (nachrüstbaren) "Low-NOx-Brennkammern und neuen "Ultra-Low-NOx"-Brennkammern für konventionelle Strahlflugzeuge: um damit die Stickoxid-Emissionen zu reduzieren und der Klimateaufheizung entgegenzuwirken;
- die Entwicklung eines internationalen Flugleitsystems für Flüge unter 8.000 m - um damit die durch die Wasserdampfausstöße hervorgerufenen treibhausfördernden Eisbildungen in der Tropopause und der Stratosphäre zu vermeiden.

Die Bundesregierung schlägt den Jäger-90-Partnerländern vor, diese Alternativprojekte ebenfalls gemeinsam zu tragen. Allein die Bundesrepublik würde dann etwa fünf Milliarden DM alternativ einsetzen können, alle Partnerländer zusammen 15 Milliarden DM.

Interessant ist, daß die Sowjetunion bereits 1988 ein Versuchsflugzeug mit Wasserstoffantrieb entwickelt hat, sodaß hier sogar eine Grundlage für eine übergreifende Kooperation gefunden werden könnte.

Klimaschutz ist Überlebenspartnerschaft, daran müssen alle Länder interessiert sein. Schon seit Jahren habe ich gefordert, daß auch die Auswirkungen des Luftverkehrs auf die Waldschäden im Schwarzwald und anderen Mittelgebirgen gründlich untersucht werden. Beobachtungen haben ergeben, daß unter den großen Luftstraßen, zum Beispiel Zürich - Stuttgart, das Waldsterben stärker fortgeschritten ist als in anderen Bereichen. Bereits bei der Bedeckung von 1,4 Prozent der Atmosphäre durch die sich aus den Kondensstreifen entwickelnden Eiswolken verringert sich die Rückstrahlung der Erde mit der Folge einer Erwärmung um circa 0,5 Grad.

Mit dem Binnenmarkt 1992 soll sich der Luftverkehr in Europa um die Jahrtausendwende verdoppeln. Diese Entwicklung muß abgefangen werden: einerseits durch Verlagerung von Kurzstreckenflügen auf die Eisenbahn, andererseits durch umweltverträgliche Technologien im Flugzeugbau. Der Schutz unserer Wälder und unseres Klimas ist ein höheres Gut als schrankenlose Liberalisierung.

(-/26.7.1990/st/ks)

Kein Sonderopfer für die PDS

Die Fünf-Prozent-Hürde nicht aus Tagesopportunisten aufgeben

Von Horst Niggemeier MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Innerdeutsche Beziehungen

Nach 1945 hat sich die spätere DDR unter dem gewaltsamen Druck der sowjetkommunistischen Besatzungsmacht zu einer Einparteiendiktatur mit sogenannten Blockparteien als pseudo-demokratisches Dekor entwickelt.

Zehntausende von Sozialdemokraten, Christdemokraten und Liberalen sind jetzt in den Massengräbern als Opfer des Kommunismus entdeckt worden.

In der gleichen Zeit haben sich die westlichen Besatzungszonen zur Bundesrepublik Deutschland entwickelt - ein freiheitlicher und sozialer Rechtsstaat - der so sehr zu einem Magnet für die Deutschen in der DDR wurde, daß die kommunistische SED schließlich die von ihr kujonierte Bevölkerung schon ab 13. August 1961 wie in einem Gefängnis einsperren mußte, um nicht vorzeitig an Auszehrung einzugehen.

An dieser Attraktivität der Bundesrepublik für die DDR-Menschen hat sich bis zur friedlichen Revolution 1989 nichts geändert. Das alles gehört mit zur DDR-Identität.

Diese einfach begreifbaren Fakten gilt es zu registrieren, wenn jetzt vom Modus für die gesamtdeutschen Wahlen die Rede ist.

Auch in der Bundesrepublik ist in den 40 Jahren ein beachtliches Stück staatlicher Identität gewachsen. Dazu gehört unter anderem auch die von der bundesdeutschen Wählerschaft in den Bundes- und Landtagswahlen immer wieder demokratisch herbeigewählte Regierungsfähigkeit von Bund und Ländern. Dies war nur möglich mit jener Fünf-Prozent-Sperrklausel, die eine Zersplitterung der politischen Kräfte in den Parlamenten verhindern sollte und auch verhindert hat. Der bunte parteipolitische Flickenteppich, der den Reichstag der Weimarer Republik und ihre Regierung letztlich handlungsunfähig gemacht hat, blieb damit der Bundesrepublik erspart.

Die gesetzlich fixierte Fünf-Prozent-Sperrklausel hat die Bundesrepublik Deutschland stets handlungs- und regierungsfähig gehalten und für internationale Berechenbarkeit und nationale Stabilität gesorgt; zudem wurde dadurch für Links- und Rechtsextremisten keine agitatorische parlamentarische Plattform geboten.

Das alles war und ist als ein Identitätsstiftender Beitrag für die Bundesrepublik Deutschland und ihre Bevölkerung anzusehen. Was sonst?!

Deshalb kann nur dringend davor gewarnt werden, diese staatspolitisch bewährte Fünf-Prozent-Sperrklausel aus tagesopportunistischen Gründen zur Disposition zu stellen. Jedes Herumfummeln an der wahlgesetzlichen Fünf-Prozent-Marke nach dem Motto "Wer bietet weniger" ist politischer Jahrmarkt, der dem großen Ziel schadet, ein einiges Deutschland auf stabiler, handlungsfähiger und berechenbarer Grundlage entstehen zu lassen. An diesem Ziel aber sind die Deutschen in Ost und West gleichermaßen interessiert, zumal das jetzige Zwölf-Parteien-Parlament der Volkskammer schon nach wenigen Monaten seiner Existenz hinreichend demonstriert hat, wie schnell aus einer supergroßen Koalitionsregierung eine Minderheitenregierung zu werden droht.

Wer sich - wie es der Regierungs- und CDU-Chef de Maiziere immer stereotyp wiederholt - "den Interessen der 16 Millionen DDR-Bürger verpflichtet fühlt", erweckt inzwischen nicht nur den Eindruck, daß der CDU-Regierungschef (West) und seine Parteifreunde ihn mit dem Staatsvertrag über den Tisch gezogen haben; er provoziert damit auch die Frage nach den Interessen von 60 Millionen Bundesdeutschen, deren staatspolitische Identität sich unter anderem auch aus dem Wahlgesetz mit jener bewährten Fünf-Prozent-Sperrklausel heraus entwickelt hat. Und so falsch kann die Vermutung nicht sein, daß auch die überwiegende Mehrheit der DDR-Bevölkerung ihre Meinung schon am 18. März per Stimmzettel formuliert hat: 75,2 Prozent wählten SPD, Liberale und die christdemokratische "Allianz für Deutschland". Das ist eine satte verfassungsändernde Mehrheit für ein Parlament mit starken Parteien und ein Wählervotum gegen die Zersplitterung der Kräfte.

Nur wer sich um das politische Überleben der milliardenschweren SED/PDS nach einer Vereinigung Sorgen macht und den Neokommunisten einen vorteilhaften Start in das gesamtdeutsche Parlament - und nicht nur dort! - verschaffen will, der läßt eine Regierungskoalition auseinanderbrechen, die eigens geschmiedet wurde, um als demokratisches Bollwerk gegen die neokommunistische PDS (Partei der Schuldigen) zu wirken. Insofern können die 16,4 Prozent der SED/PDS vom 18. März kein politischer Berechnungsfaktor für ein gesamtdeutsches Wahlrecht sein.

Die dann noch verbleibenden 8,4 Prozent Stimmen von der Volkskammerwahl verteilen sich auf immerhin 17 verschiedene Parteien und Vereinigungen, wovon zum Beispiel die "Vereinigte Linke" noch mit nur 0,18 Prozent (!!) Stimmenanteil ein (!) Mandat erhielt.

Es gibt keine guten und plausiblen Gründe bei einer gesamtdeutschen Wahl von der Fünf-Prozent-Sperrklausel abzuweichen. Dies hat der SPD-Fraktions- und Parteivorsitzende Hans-Jochen Vogel in Übereinstimmung mit der DDR-SPD mehr als einmal inzwischen hinreichend begründet. Da ist jetzt

kaum Raum mehr für opportunistisches Wackeln und Wanken, Lothar de Maiziere ist außer Tritt geraten; es ist jetzt an ihm, sich politisch schnell wieder zu fangen, damit der Demokratie weitere Abstimmungscoalitionen von CDU und SED/PDS erspart bleiben.

(-/26.7.1990/st/ks)

Wer glaubt einem Januskopf? **Erklärungen zur Garantie der polnischen Westgrenze und die Vertriebenenpolitik der Bundesregierung**

von Reinhold Hiller MdB

In der jetzigen Zeit ist die Glaubwürdigkeit bundesdeutscher Politik von existenzieller Bedeutung. Es darf nicht zugelassen werden, daß mit Worten ein neues Kapitel in der Geschichte aufgeschlagen wird und mit den Taten eine alte Politik künstlich immer weiter am Leben erhalten wird. Dies gilt heute in ganz besonderem Maße für die Vertriebenen- und Kriegsfolgesetze. Noch immer gelten die Nachkriegsgesetze aus der Zeit des Kalten Krieges.

Zu ihnen gehören: das Lastenausgleichsgesetz, das Bundesvertriebenengesetz, das Häftlingshilfegesetz, das Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz, das Heimkehrergesetz, das Allgemeine Kriegsfolgesgesetz, das Aitsparergesetz, das Reparationsschädengesetz und das Währungsausgleichsgesetz.

Spätestens jetzt erscheint es im Interesse eines belastungsfreien Übergangs in einen vereinten deutschen Staat dringend geboten, den Bundeshaushalt und die Gesetzgebung der BRD vor allem im Bereich der Vertriebenenorganisationen und ihrem Umfeld zu durchforsten. Eine längst überfällige Arbeit, zu der die derzeitige Regierung nicht bereit ist. Im Gegenteil, sie hat bisher nicht nur alles getan, damit kein Licht in dies dunkle Netzwerk von Gesetzen und Förderungen kommt, sie hat den gesamten Bereich ins unermäßliche aufgebläht und immer wieder gedeckt.

Nirgends sonst zeigt sich der Januskopf so ausgeprägt:

Auf der einen Seite verkündet diese Regierung die Garantie der polnischen Westgrenze und gibt sich den Anschein, als habe sie die Ostpolitik Willy Brandts endlich nachvollzogen, als wolle sie endlich ein wirklich neues Kapitel in ihrer Ostpolitik aufschlagen. In Wahrheit aber unterstützt sie mit exponentiell steigenden Mitteln eine Politik des Kalten Krieges.

Während Herr Kohl sich in der Öffentlichkeit zu der Erkenntnis durchringt, daß es ohne eine Anerkennung der politischen Westgrenze keine deutsche Einheit gäbe, erklärt der parlamentarische Staatssekretär Hennig: Es sei "offenbar das einzige Stück des stalinistischen Erbes, das für alle Zeiten bewahrt werden soll. Warum muß denn ausgerechnet an der Oder und Neiße eine Grenze zementiert werden," und der CDU-Berufsvertriebene Hupka geht noch so weiter:

Die Entschließung beider deutscher Parlamente zur Endgültigkeit der polnischen Westgrenze hat für den Vorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien, Hupka, keine Rechtsgrundlage. "Die Parlamente standen unter Zwang."

Gleichzeitig finanziert das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen immer noch Reisen in die sogenannte Vertreibungsgebiete, kauft Straßenkarten von Böhmen an, verteilt Plastiktüten mit dem Danziger Kontor, und so weiter und zeigt damit, was diese Regierung wirklich unter innerdeutsch versteht.

Der Bund der Vertriebenen, zu über 90 Prozent aus Steuermitteln finanziert, startet gleichzeitig eine Kampagne: "Frieden durch freie Abstimmung", in der zu einer Volksabstimmung über die Zugehörigkeit in den ehemaligen deutschen Ostgebieten und unter den Vertriebenen aufgefordert wird.

Von den 2,5 Millionen DM institutionellen Mitteln zur Eingliederung von Aussiedlern, die den BdV aus dem BMI bekommt, finanziert dieser seine Bundesgeschäftsstelle, also einen personellen Wasserkopf von 20 Berufsvertriebenen, die dann solche Kampagnen vorbereiten, die Treffen von jungen Bekannnis- und alten Erlebnisvertriebenen organisieren, eine Unmenge Bücher, Zeitungen und sonstige Publikationen verbreiten und für deren Finanzierung sorgen. Das alles und noch viel mehr unter dem Haushaltstitel Eingliederungsmaßnahmen versteckt, aus dem auch die wirklich caritativen Organisationen gefördert werden, was eine kritische Prüfung erschwert und natürlich besser als die Wahrheit klingt - "Förderung und Verbreitung revan-chistischer und revisionistischer Politik" müßte es eigentlich heißen.

Der Vertriebenenhaushalt stieg allein im Bereich der Ostdeutschen Kulturförderung (Paragraph 96 BVFG) während der Regierungszeit der Wenderegierung um 388 Prozent von vier auf über 20 Millionen DM, Steigerungsraten, wie in keinem anderen Haushaltsbereich. Nun soll nicht nur jede Landsmannschaft ihr Museum, Zentrum und/oder Akademie auf Kosten der Steuerzahler bekommen, nein die Schlesier bekommen nach Königswinter nun schon ihr zweites in Niedersachsen, als eine der letzten Taten des Herrn Albrecht in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung.

Es bleiben noch immer viele Fragen nach Daten und Planungen im Bereich der Vertriebenenförderung und -gesetzgebung im Vorfeld der Haushaltsberatungen offen.

So wurde der Parlamentarische Staatssekretär Waffenschmidt gefragt, ob er wirklich ausschließen kann, daß die Kampagne des BdV aus Bundesmitteln gefördert wurde, wie seine Antwort auf eine entsprechende Anfrage vielleicht glauben machen mag. Wenn er ehrlich ist, kann er dies nicht.

Des weiteren bleibt zu klären, welche der vielen Gesetze die Bundesregierung überzuleiten gedenkt und welche Kosten sich daraus ergeben. Schätzungen gehen in die Milliarden DM zusätzliche Kosten durch den Beitritt der DDR, wenn fast alle übergeleitet werden.

Es wird sich zeigen, ob die Bundesregierung jetzt bereit ist, rechtzeitig und umfassend ihre Karten UF DEN Tisch zu legen.

(-26.7.1990/st/ks)

DOKUMENTATION

Die Einheit Deutschlands als Lernprozeß (Teil II)

Der niedersächsische Kultusminister Professor Rolf Wernstedt skizzierte im Rahmen des Werkstattgesprächs "Politiklehrer und Politik-Didaktiker aus der Bundesrepublik und der DDR", das von der Bundeszentrale für politische Bildung am 6. Juli 1990 in Bad Harzburg veranstaltet wurde, seine Gedanken zur politischen Bildung in Deutschland. Wir dokumentieren seinen Vortrag im Wortlaut.

These 3:

Demokratische Traditionen aus dem deutschen Humanismus, der Arbeiterbewegung und den Kirchen, verbunden mit den aktuellen Fragen der Friedens- und Ökologiepolitik, haben in einer intellektuellen Minderheit zu Formen eigenen Demokratieverhaltens in der DDR geführt. Die Kultur dieser Gruppen unter dem Dach der Evangelischen Kirche mündete in die Kultur der Runden Tische, die hoffentlich nicht nur ein archivalisch-historischer Punkt der DDR-Geschichte waren, sondern im gesamten Deutschland inspirierend weiterwirken könnten. Unter der Wucht der Einheitsforderungen und des Verlangens nach westlichem Wohlstand ist diese Tradition bauseite geschoben.

Ich halte es für ein dringendes Erfordernis für jede Praxis der Politik und Didaktik der politischen Bildung nicht nur in der DDR, diese Kultur wachzuhalten. Denn es ist der erste eigenständige demokratische Beitrag der deutschen Gesellschaft seit der Novemberrevolution von 1918. Und die Erfahrung damit haben nur die Menschen in der DDR. Sie haben dies denen in der Bundesrepublik voraus.

These 4:

Alle politische Bildung in der DDR wird oberflächlich bleiben, wenn sie nicht selbst Formen einer demokratischen Vergangenheitsbewältigung entwickelt. Und zwar gilt dieses in doppelter Hinsicht:

1. Gegenüber der Nazivergangenheit und der unglaublich verknöcherten und daher ungläubwürdigen Methodik der antifaschistischen Erziehung und
2. gegenüber einer vierzigjährigen mediokren, jämmerlichen Marx-Rezeption und Marxismus-Vorstellung.

These 5:

Die antifaschistische Erziehung darf in beiden deutschen Teilen nicht aufgegeben werden.

Die bombastische Machtzurschaustellung in Buchenwald oder Oranienburg darf nicht dazu führen, daß man das Gedenken an die Opfer und die spezifische Hinführung jeder neuen nachwachsenden Generation zu diesen Fragen aufgibt. Es gehört zu den moralisch verhängnisvollsten Folgen der alten SED-Politik, daß sie den richtigen antifaschistischen Grundansatz methodisch so pervertiert hat, daß viele Jugendliche davon nichts mehr wissen wollen. Die Zukunft des gemeinsamen europäischen Hauses aber gelingt nur dann, wenn wir in Deutschland auch 50 Jahre nach dem Krieg wissen, warum unsere Nachbarn skeptisch gegenüber den Deutschen sind. Die Deutschen müssen auf Grund ihrer Geschichte mehr auf sich aufpassen als alle anderen Völker Europas. In Niedersachsen böten sich Anregungen für eine solche Diskussion im Zusammenhang mit der Neugestaltung der Gedenkstätte Bergen-Belsen, der inzwischen tausendfach verbreiteten regionalen Gedenkstättenarbeit sowie mancher Bezugspunkte für gemeinsame Erinnerungen an Verfolgungen.

Die Geschichte der antifaschistischen Erziehung in der Bundesrepublik Deutschland ist selbst wechselvoll und spiegelt die innere Entwicklung des Staates wieder. Die Mentalität der Verdrängung und des Verschweigens ist mächtig gewesen. Die Unfähigkeit zu trauern zeichnet sowohl Menschen in der Bundesrepublik wie auch in der DDR aus.

These 6:

Kein Mensch kann geistig und psychisch gesund bleiben, wenn er versucht, jahrzehntelange eigene Biografieteile einfach wegzuworfen. Die Überwindung des geistlosen Marxismus-Leninismus der DDR gelingt nicht durch Beiseitestellen, sondern nur durch eigene politische, philosophische und moralische Anstrengungen. Denn es ist ja richtig, daß im Marx'schen Denken Elemente der klassischen deutschen Philosophie, des europäischen Humanismus und der aufgeklärten Utopisten stecken. Und historisch richtig ist auch, daß die Schubkraft der bürgerlichen Revolutionen und ihrer Ideen von ihm mit aufgenommen worden sind. Soll dies alles auch über Bord geworfen werden?

Max Weber und der katholische Sozialphilosoph Oswald von Nell-Breuning wußten und wissen, warum sie methodisch und teilweise inhaltlich auf den Schultern von Karl Marx stehen. Marx ist viel zu dialektisch, als daß man ihn einfach wegwerfen könnte, man muß ihn philosophisch abarbeiten, nicht mit plattem Anti-Marxismus, sondern durch rationale Kritik. Die Elemente der Hoffnung und Utopie auf gerechte Zustände sind Bestandteil des europäischen Humanismus, der christlichen Überlieferung und der demokratischen Arbeiterbewegung. Die Befreiung der DDR-Lehrkräfte von ihrer Vergangenheit gelingt nur in dem Maße, in dem sie sich diesem Prozeß stellen. Dazu helfen übrigens bayerische und niedersächsische Schulbücher kaum oder nur oberflächlich.

(-/26.7.1990/st/ks)

(Fortsetzung folgt in unserer nächsten Ausgabe)